

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt: Tageblatt Riesa.

Heftausz. Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gräba.

Postfach 1509
Circus Riesa Nr. 52.

Nr. 282.

Donnerstag, 4. Oktober 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 29. 9. bis 5. 10. 23 Millionen Mark einschließlich Beingeröhn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverstreuungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Pfandsicherung vor. Anzeigen für die Stummer des Ausgabatages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erstellen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 120 Pf.; die 29 mm breite Reklamezeile 400 Pf.; zeitraubende und nobellarische Zeile 50% Aufschlag. Der jeweils zur Berechnung gehörende Beiletpreis ergibt sich aus vorstehenden Grundzahlen vervielfacht mit der am Tage der Aufnahme gültigen Anzeigenklassenzahl. Keine Tarife. Bevollmächtigte Redaktion erlischt, wenn der Vertrag verstellt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erstattungsort: Riesa. Nachträgige Unterhaltungskosten "Ersteller an der Gabe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsbeamtin — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittmar, Riesa. Schätzzeit: 50000.

Rücktritt des Kabinetts Stresemann.

Dr. Stresemann mit der Neubildung des Kabinetts betraut.

■ Berlin. (Amtlich.) Das Reichskabinett hat sich am Mittwoch in mehreren Sitzungen mit der Lage beschäftigt. Durch die Ablehnung der Sozialdemokratischen Partei, die soziale Gesetzgebung in den Ermächtigungsantrag der Reichsregierung beim Reichstag einzubringen, ist eine innige erbrüderliche Differenz in den Ausschüssen der Koalitionsparteien entstanden. In Abwärtsrichtung dieser Tatsache beschloß das Kabinett, durch den Reichspräsidenten dem Reichspräsidenten seine Demission zu erlauben. Der Reichspräsident hat die Demission des Kabinetts angenommen und den bisherigen Reichspräsidenten Dr. Stresemann mit der Neubildung des Kabinetts betraut.

Aus parlamentarischen Kreisen hört man, daß das zuletzt getretene Kabinett Stresemann in der Absicht, die Schaffung einer neuen Währung durch eine wirkliche Produktionspolitik zu unterstützen, im Rahmen außerordentlicher Vollmachten auf wirtschaftlichem, finanziellem und sozialpolitischem Gebiete auf drei Wegen vorgehen wollte: Einmal sollten stärkere Besteuerungen geschaffen werden. Sodann sollte die Preisbildung in anderen Bahnen gelenkt und die Monopolwirtschaft und die Preiskonventionen der Syndikate kontrolliert werden. Schließlich sollte die Ursprünge, namentlich der Vergabe, durch Erhöhung der Arbeitszeit gesteigert und auch auf anderen Gebieten eine Erhöhung der Arbeitszeit eingeführt werden. Schließlich war bezüglich dieser Politik innerhalb des Kabinetts weitgehende Übereinstimmung vorhanden, die jedoch bei den Fraktionen sich nicht erreichen ließ. Die Verhandlungen, die die Einigung hätten bringen sollen, drehten sich schließlich nur noch um die Frage, ob der Ermächtigungsantrag der Reichsregierung auch für die soziale Gesetzgebung gelten sollte. Diese Frage ist von der Sozialdemokratischen Fraktion mit 61 gegen 58 Stimmen, also mit einer geringen Zusammensetzung, abgestimmt worden. Um eine Verlängerung der Amtszeit zu verhindern, hat die Regierung beschlossen, ihre Demission anzunehmen.

Bei der Neubildung des Kabinetts, die Dr. Stresemann auf Eruchen des Reichspräsidenten übernommen hat, soll, wie man hört, aus Gründen der Spannung die ehemalige Verzerrung der neu zu besetzenden Ministerposten in Frage kommen. In diesem Falle gilt es nicht als ausgeschlossen, daß die Neubildung des Kabinetts rückt vor sich geht.

Über die Parteibesprechungen.

Gestern nachmittag verbreitete sich in den Wandergängen des Reichstages die Meinung, daß der Verlust der sozialdemokratischen Fraktionssitzung die Aussicht auf eine Lösung der Regierungssituation verschärft habe. Es heißt, die Sozialdemokraten lehnten es zwar ab, einem Druck bezüglich der Personalfragen nachzugeben, hätten aber den Kabinettsmitgliedern aus ihren Reihen freigesetzt, selbst ihre Entscheidung zu treffen. In der Frage des Arbeitstages scheinen nur Differenzen formaler Art zu bestehen, um deren Bezeichnung man bemüht ist.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat bezüglich der politischen Lage folgende Beschlüsse gefasst: 1. In der Frage der Arbeitszeit billigte die Fraktion die Entscheidung des Kabinetts in der gestrigen Sitzung. 2. Die Fraktion ist bereit, dem Ermächtigungsgebot zu stimmen, hält aber aus ländlichen Erwägungen eine andere Besetzung des Reichsfinanzministeriums für unerlässlich.

Berliner Reichsbüllätter veröffentlichten einen Aufruf der Deutschen Nationalen Volkspartei, der fordert, daß mit der Kompromisspolitik Schluss gemacht werde und daß die Sozialdemokraten aus der Regierung entfernt werden.

Eine Kompromissvorstellung der Demokraten.

In der gestern abend abgehaltenen Parteiführerbewilligung kam eine Einigung noch nicht zustande, und zwar maßgeblich über die Änderung des Arbeitstagesgesetzes. Die sozialdemokratische und die demokratische Fraktion hielten

sichere Sitzungen ab, in denen über das Ergebnis der Parteiführerbewilligung berichtet wurde. Daneben fand auch eine Bühlungnahme zwischen den Fraktionen statt. Die Demokraten machten den Vorschlag, das Arbeitszeitgesetz aus dem Ermächtigungsgebot herauzunehmen und das Arbeitszeitgesetz unter Einbeziehung der Bergarbeiterzeit gleichzeitig mit dem Ermächtigungsgebot im Plenum zu verabschieden. Dieser Vermittelungsvorschlag erhielt den Sozialisten als geeignete Basis für baldige Verhandlungen zwischen den Parteien. Die Fraktionssitzungen endeten jedoch ohne feste Beschlüsse.

Die Stellungnahme der Sozialdemokratie.

Ein bedeutsamer Streitpunkt ist die Frage der Arbeitszeit, also des Arbeitstages. Auch nachdem die Formulierung dieses Programmpunktes elastisch gestaltet war, konnte sich ein großer Teil der sozialdemokratischen Abgeordneten nicht damit einverstanden erklären. Im allgemeinen soll es jedoch abgesehen werden, daß der Arbeitstag im Prinzip aufrechterhalten wird, das aber die Arbeitszeit auch darüber hinaus verlängert werden kann, wenn die Verhältnisse es erfordern. Jedoch soll es die Strafbestimmungen fortlassen. Gegen mittag unterbrachen die Sozialdemokraten die Verhandlungen über das Kompromiß und beschlossen, um 1 Uhr eine Abstimmung vornehmen zu lassen. Um 1/2 Uhr war die Sitzung der Sozialdemokratie beendet. Von einer regelrechten Abstimmung nahm man Abstand, einigte sich aber auf folgendes: Die sozialpolitischen Forderungen des Ermächtigungsgebots werden abgelehnt, dagegen erklärt sich die Sozialdemokratie bereit, über die Frage der Arbeitszeit im Zusammenhang mit der allgemeinen Produktionssteigerung Verhandlungen zu pflegen. Daraufhin begaben sich die Führer der sozialdemokratischen und der anderen Fraktionen zum Reichspräsidenten, um neue Verhandlungen auf der Grundlage dieser sozialdemokratischen Beschlüsse einzulegen.

Das umstrittene Ermächtigungsgebot.

Die "Germania" will wissen, daß Reichskabinett habe sich in der Frage der Arbeitszeit auf folgende Formel geeinigt, um deren Zustandekommen sich besonders der Minister Braun bemüht habe. Die äußerste Not unseres Volkes in schwersten Krisen um seine wirtschaftliche und politische Existenz zwinge uns, vorläufig in der Reproduktion die Arbeitszeit auf dasjenige Maß zu ergänzen, das gesundheitlich tragbar ist. Insbesondere in der Bergbau unter Tag auf acht Stunden einschließlich Ein- und Ausfahrt festzusetzen; sodann muß in den übrigen lebenswichtigen Betrieben die Möglichkeit zur Übersteigerung der achtstündigen Arbeitszeit geschaffen werden. Auf die öffentliche Verwaltung sollen diese Grundätze sinngemäß angewandt werden. Für gefährliche und gesundheitsgefährliche Betriebe ist der Arbeitstundenbetrag zu beobachten.

Die italienische Presse über Deutschlands Lage.

■ Rom. Die Blätter beschäftigen sich in wortlangen Artikeln mit der inneren Lage Deutschlands und stellen teilweise sogar den Berfall des Reiches als wahrsagen hin. Das Organ der katholischen Volkspartei "Il Popolo" schreibt, nachdem Italien Deutschland den Rat gegeben habe, den vollen Widerstand aufzugeben, müsse es auch zeigen, daß dieser Rat gut gewesen sei und müsse sich den französischen Verschleppungen entgegenstellen. — "Voce Repubblicana" spricht denselben Gedanken aus, wobei es die französischen Machthabenden im Rheinland für unabsehbar hält und stimmt einen Verbund an auf das deutsche Volk an, das die Feinde niemals trennen könnten. — "Popolo d'Italia" erwähnt die faschistischen, den Staat im Innern zu begraben angedeutet der Mutterfrage, deren Löfung die Richtung der europäischen Politik auf mehrere Jahrzehnte hinaus bestimmen werde.

Die französische Gewaltpolitik.

Gut unterrichtete Muthkreise weisen aufsichtlich der völlig angeführte Lage im Ruhrgebiet darauf hin, daß deutsches Interesse der Wiederherstellung geordneter wirtschaftlicher Verhältnisse kein Hindernis mehr entgegensteht. Seitens der Besatzungsbehörden ist jedoch noch nichts geschehen, um die Wiederherstellung gemeinsamer geordneter Zustände zu erleichtern. Mit Ausweisungen, Verhaftungen und Verurteilungen wird rücksichtslos fortgefahren. Das System der Unterdrückung der Bevölkerung wird noch verstärkt angewandt. Infolgedessen ist die Stimmung außerordentlich erhitzt. Angestützt der den deutschen Eisenbahnmännern gestellten Bedingungen sowie der Erhebung von Frankenstein-Gebühren bei den Reparationen, herrscht allgemein die Auffassung, daß vor französischer Seite die Wiederherstellung geregelter Verkehrsräume gescheitert wird, obwohl die Wiederherstellung des Eisenbahnbetriebes die wichtigste Voraussetzung für eine allgemeine Arbeitswiederaufnahme ist, die aber auch ohne Mitwirkung der sozialen Gewerkschaften nicht möglich ist. Bei dieser Sichtweise muß jedoch berücksichtigt werden, daß wieder die Wiederbelebung des Wirtschaftslebens im Ruhrgebiet an den französischen Maßnahmen gescheitert ist.

In Düsseldorf sind Abordnungen aller Gewerkschaften durch den Abgeordneten des Generals Deaconie empfangen wor-

den. Bahnhofsvorsteher Scholz wurde vom Bahnhof verwiesen, für den Direktor Müller der Eisenbahnerwerke wurde ein französischer Ingenieur eingestellt. Die Beamten und Arbeiter wurden aufgefordert, sich bis zum 2. 10. zu erklären ob sie für die Regel arbeiten wollen, widrigensfalls sie ausgewiesen werden. — Ferner belegten die Franzosen der Bahnhofsvorsteher Scholz, dessen Vorsteher sie verhafteten, die Bediensteten und Arbeiter wurden vertrieben.

Die britische Reichswirtschaftskonferenz.

■ London. Auf der Reichswirtschaftskonferenz lagte der Präsident des Handelsamtes Lloyd George, der britische Industriehandel sei noch weit hinter dem Stande der Zeit vor dem Kriege zurück. Dieser Rückstand spiegelte sich in einer unerhörten Arbeitslosigkeit wider. Daher sei eine Abdankung des Handels für England von schwindelerregender Bedeutung. Die alten Märkte müßten wiederhergestellt werden und noch notwendiger sei, daß neue Märkte entwidelt würden. Die Tagesordnung der Reichswirtschaftskonferenz umfaßt drei Punkte: 1. Reichswirtschaft, 2. finanzielle Zusammenarbeit zwischen dem Mutterland und den Dominions und 3. bevorzugte Verhandlung innerhalb des Reiches.

Lloyd George sagte weiter, die britische Regierung habe endgültig den Grundriss der Vorrangbehandlung aufgestellt und wünsche ihm auszudehnen, um die Entwicklung der Produktionsquelle des Reiches und des Handels innerhalb des Reiches zu fördern.

Auf der Reichskonferenz erklärte der Premierminister von Südafrika Smuts, Baldwin habe von den Zuständen in Europa ein düsteres Bild abgerufen, aber Europa sei noch vorhanden. Es habe viele Stürme überwunden und der Welt manches gute Beispiel gegeben. Europa müsse augenhörig seiner gegenwärtigen Lage eine große und einmütige Aktion einnehmen. Das britische Reich könne zur Herstellung einer harmonischen Lage in der Welt mehr tun als irgend eine andere Macht auf Erden. Der ganze Einfluß des britischen Reichs sollte benutzt werden, um bei der Regelung der europäischen Angelegenheiten mitzuholen. Seit Jahrhunderten habe England einen maßgebenden Einfluß ausgeübt und die anderen Nationen hätten höchstens immer auf seine Stimme lauschen müssen. Er wünsche, daß bei einer einzigartigen Gelegenheit, wie der legtigen, dasselbe zu tun möchte, was früher geschah und daß England dennoch seine Stimme erheben sollte. Über die Frage der Annahme der britischen Schulden benötigte er leicht zu nehmen.

Die Aburteilung der Kästnerin Butschiste.

Der "Meldanzeiger" veröffentlicht eine sofort in Kraft tretende Verordnung des Reichsjustizministers über die Bildung eines außerordentlichen Gerichts zur Aburteilung der Straftaten, die mit den Unruhen in Kästner im Zusammenhang stehen. Dieses Gericht wird seinen Sitz in Nordburg haben. Es entscheidet in der Beziehung mit einem Vorsteher und zwei Beisitzern, die zum Richteramt befähigt sein müssen. Der Vorsteher und sein Vertreter müssen beamteter Richter sein. Eine gerichtliche Voruntersuchung findet nicht statt; es ergibt auch kein Verhältnis des außerordentlichen Gerichts über die Gründung des Hauptverfahrens. Gegen seine Entscheidungen ist kein Rechtsmittel auslösbar. Über Anträge auf Wiederaufnahme des Verfahrens entscheidet das im ordentlichen Verfahren zuständige Gericht. Die Strafvollstreckung erfolgt durch die Anklagebehörde. Vollstreckung der Todesstrafe ist erst zulässig, wenn die Entschließung des Reichspräsidenten ergangen ist, von dem Begründungsrecht keinen Gebrauch zu machen. Die Verordnung entfällt insgesamt 21 Paragraphen; sie ist ergangen auf Grund des § 8 der Verordnung des Reichspräsidenten betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet nötigen Maßnahmen vom 26. September 1923.

Zu den Vorgängen in Düsseldorf.

Der Polizeidepartement der Stadt Düsseldorf, der Vizegouverneur Dr. Haas, ferner ein Polizeioberinspektor, ein Kriminalinspektor, der Kommandeur der Schutzpolizei und ein Leutnant der Schutzpolizei sind gestern vormittag von dem französischen Kriegsgericht in der Voruntersuchung wegen der Vorgänge am letzten Sonntag vernommen worden. Die Anklage lautet am Vorbericht.

Polnische Vertragsabsturz in Oberschlesien.

Die täglich wachsende innerdeutsche Not darf uns nicht den Blick für die Ereignisse in den vom Reiche abgetrennten Außenpolen des Deutschen verlieren. Staatische Formen und Grenzen sind wandelbar; der vierzig Millionen angewandte der Reichsgrenzen abzuhängende Deutsche Block ist in seiner Zusammensetzung mit dem reichsdeutschen Volke leicht und beständig zerstört, selbst wenn der Staat völlig in Trümmer fallen sollte. Polen führt nun seit dem Beginn der Regierung Piłsuds einen Vernichtungsfaßt gegen das deutsche Volk in den gerannten Gebieten. Während Westpolen lediglich durch den sehr debilitären Widerstandslaufvertrag das Dasein der deutschen Bevölkerung sichert ist für Oberschlesien das Genfer Abkommen getroffen worden, das auf dem Papier wenigstens, völlig klar Rechtsverhältnisse schafft. Diese Tatsache sieht aber die Polen durchaus nicht an. Sie denken garnicht daran, ihre vertraglichen Verpflichtungen, zum Beispiel auf dem Gebiete des Schulwesens, nachzukommen. Selbst ausdrückliche Geweihungen des Widerstandsführers Galceran werden überdeckt gelassen, so zum Beispiel die Forderung der Wiedereinrichtung einer deutschen Schule in Rybnik. Um

den. Begegnen Wiederaufnahme der Arbeit wurden zwar folgende Bedingungen gestellt: 1. Abschaffung des Betriebsrätegesetzes. 2. Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit und der Aktivdarbiet. 3. Aufnahme jeglicher zu gewiesener Arbeit, widrigensfalls Abweisung erfolgt. 4. Für die Eisenbahnen gelten die bereits bekannt gegebenen Bedingungen. 5. Unterdrückung jeder Auseinandersetzung mit Waffengewalt. 6. Verstärkung des Stadtkreises.

Bei einer Unterredung eines Vertreters der Hörder Polizeiverwaltung mit der Belegschaftsbehörde erklärte die, daß sie die Erlaubung staatlicher Polizei bei Unruhen nicht dulden werde, sondern daß im Bedarfsfalle französisches Militär zur Unterdrückung von Demonstrationen und Unruhen hinzugezogen werden würde. Keine staatliche Polizei bei Unruhen.

Die täglichen Übergriffe.

■ Dortmund entwendeten die Franzosen 6,1 Milliarden Mark Rohgelder. — In Bremen belaufen sie am 1. 10. die Räume der "Bürgergesellschaft" zu Vinckquartier zweckentzweck. — In Witten verübten die Franzosen in der von ihnen unterdrückten Wittener Volksgesellschaft eine eigene Deuterei einzurichten. — In Wattenscheid verhafteten die Franzosen den Bürgermeister der Union der Hand- und Kaufarbeiter, Göbel, und transportierten ihn nach Bedburg. — Am 2. 10. belaufen die Franzosen in Witten den Bahnhof West und die Eisenbahnverwaltung.

1. September des Jahres sollte Polen die deutsche Wolfschule schaffen. Am Oktober gibt es noch nicht eine einzige Wolfschule, die den Bestimmungen des Winter Abkommen entspricht. Die Wolfschule hat nicht einmal die Zeit gefunden, die gestellten Anträge im wesentlichen Umlänge zu erledigen. Wo eine Entscheidung getroffen wurde, sind 90 Prozent der Anträge deutscher Eltern aus rein formalen Gründen abgelehnt worden. Schulen an der Übereinigung tragen aber nicht die Eltern, sondern die polnischen Behörden, die die Anträge nicht sachgemäß unterstempelten hatten. Auf dem Gebiete des höheren Schulwesens steht es noch schlimmer aus. Nicht ein einziger deutsches Kind hat heute die Möglichkeit, eine höhere deutsche Minderheitsschule zu besuchen. Die irregulären Zustandsbedingungen, die immer noch bestehen, versuchen durch formelle Wirkhandlungen, die zum Teil einen tödlichen Ausgang haben, die deutschen Eltern von der Ausübung ihres wohlerworbenen Rechtes abzuhalten. So geht das Volk vor, das früher vor der ganzen Welt über angebliche Bedrückung seines Volkszums gelaufen ist.

Tagesgeschichte.

Deutsche Welt.

Die Frage der Belebung des deutschen Gesandtschaftsvostens in Brüssel. Der Berichterstatter des „Oeuvre“ in Brüssel hatte Gelegenheit, sich mit einer hochgestellten Verantwortlichkeit über verschiedene politische Fragen zu beschäftigen. Unter anderem versuchte der Gewärtmann des Blattes zu erfahren, was denn für die Belebung des deutschen Gesandtschaftsvostens in Aussicht genommen sei. Darauf wurde ihm zur Antwort gegeben, als diplomatischer Agent durfte nach Belgien kein Deutscher zurückkehren, der in unserem Lande während des Krieges irgend eine Rolle gespielt hat. Wir machen in dieser Hinsicht keine Ausnahme.

Eröffnung des preußischen Landtages. Der Verteilerrat des preußischen Landtages hat die nächste Plenarsitzung des Landtages auf den 9. Oktober 3 Uhr nachmittags festgesetzt mit der Tagesordnung: Entgegennahme einer Erklärung des Ministerpräsidenten.

Hierarchie im niedersächsischen Kohlenrevier. Vom 4. Oktober an wird, wie das „Landeshuter Tageblatt“ meldet, im ganzen niedersächsischen Kohlenrevier jeden Donnerstag eine Feierlichkeit eingeleget.

Devisenkrise in Berlin. Bei einer auf Veranlassung des Devisenkommisars von der Polizei im Romanischen Cafe am Kurfürstendamm veranstalteten Devisenrally wurden die anmeldeenden 80 Personen gründlich durchsucht. 11 davon, die nach dem Polizeirevier transportiert wurden, sind 214 Dollars, 30 Schweizer Franken, eine englische Pfundnote und 10 Pfund abgenommen worden.

Päpstliche Fürsorge. Der Papst fordert die amerikanischen Bischöfe auf, nicht mehr so stark Aufstand, sondern dem nahen Osten und Lateinamerika ihre Mildtätigkeit zuwenden, da in diesen Ländern ein Winter mit Röte und Hungersnot drohe.

Die Deutsche Frauenhilfe in Buenos Aires hat unter dem Vorfall der Frau Helene Bernhard außer zahlreichen anderen Nebenmittellungen (wie Milch usw.) in den Monaten Dezember 1922 bis Mai 1923 13 400 Dollar zu Gunsten der Fürsorgeeinrichtungen für notleidende Kinder, Rentner, Studenten, Schwestern und Kranken über ganz Deutschland zur Verteilung gebracht. Von amtlicher Seite ist der genannten Vorlieben sowie allen Spendern der herzlichste Dank übermittelt worden.

Bulgarien.

Zur Kommunistenrevolte in Bulgarien. Die beiden Kommunistenführer Tolarow und Dimitroff, die sich auf tschechisches Gebiet geflüchtet haben, machten interessante Erklärungen über die Kommunistenbewegung in Bulgarien. Sie erklärten, daß diese Bewegung, die nur kommunistischen Charakter getragen und auch allein von den Kommunisten betrieben worden sei, infolge Mangels an Munition und Waffen durch die Regierungstruppen niedergeschlagen werden könnte. Außerdem seien die Truppen des Generals Brangal, die in Bulgarien interniert sind, der Kommunistenbewegung entgegentreten. Schließlich sei auch ein großer Teil der Anhänger von der Bewegung an uns dieser in den Rücken, da sie von der Regierung betrühten worden seien.

Türkei.

Ablauf der britischen Truppen aus Konstantinopel. Die Fahnen der Verbündeten wurden gestern auf sämtlichen Gebäuden durch türkische Flaggen ersetzt. Die Begrüßungsfeierlichkeiten wurden im Beisein der Verbündeten und türkischen Truppen vor dem Palast Dolma-Teppe vorgenommen. General Harrington hat gestern mit sämtlichen britischen Truppen Konstantinopel verlassen und ist an Bord des Dampfers „Arabie“ eingedriffen.

England.

Kolonialfragen auf der britischen Reichskonferenz. In der gestrigen Sitzung der Reichskonferenz gab der Herzog Devonshire, Unterstaatssekretär im Kolonialamt, einige Erklärungen über die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung der Kolonien ab. Man beschäftigte sich jedoch mit dem Kolonialgebiet Tanganyika (früher Deutsch-Ostafrika), deren Verwaltung England übernommen habe. Dazu erklärte, daß durch die englische Verwaltung in diesem Gebiete mit den Formen der Sklaverei ein Ende gemacht werden sei, da dadurch wiederholte Schwierigkeiten entstanden wären. Dies sei ein Gedanke, zu dem sich die deutschen Vorgänger hätten nicht aufstellen können.

Vertliches und Sächsisches.

Niesa, den 4. Oktober 1923.

Politische Versammlungen betr. Auf Grund der Verordnung des Befehlshabers für den Freistaat Sachsen vom 27. September 1923 sind bekanntlich Illuminie und Versammlungen unter freiem Himmel untersagt. Politische Versammlungen in geschlossenen Räumen bedürfen der Genehmigung des Befehlshabers.

Unbedrängtes Verhältnis. Gestern Abend sind einige hier wohnende junge Leute nach der bisherigen Polizeiweise festgesetzt worden, weil sie in Verband standen, einer Geheimorganisation anzugehören, da sie auf der Straße eine Sitzung in der Hand hielten, in der das Bild von Hitler erhalten war. Die sofortige polizeiliche Untersuchung hat ihre völlige Schuldlosigkeit ergeben.

Kulturausbau. Am 3. Oktober sprach Martin Kunath-Altenburg im kleinen Saal der „Elterntreff“ über Eduard Mörike. Er leitete damit eine Reihe von vier „Kulturausgaben“, die sich weiter mit moderner Frauenkunst, mit Theodor Däubler und dem Wesen des Expressionismus und mit dem romantischen Element in der Gegenwart, aufgezeigt an einer Gegenüberstellung der Differenzen an die Nacht von Novallis und der Idioten von Wildbans, beschäftigten. Der Vortrag wurde durch Ressitation von Prosa und Lyrik Mörikes illustrierend unterbrochen, eine Form der Darbietung, die sehr glücklich gewählt erscheint. Was Martin Kunath zur Charakterisierung Mörikes und seiner Kunst beitrug, war gut und gründlich, und sein Vortrag hielt sich von allem Phrasenhafte und Schlagwortmäßigen fern. Man muß so etwas heute ganz besonders unterstreichen! Kunath zeigte den Dichter als den Selbstgenügsamen, nur mit wenigen Menschen Verkehrenden („Verborgenheit“), als den begabten Schöpfer entzückender kleiner Naturbilder („Sextembermorgen“), als den plakativ

Gestaltenden („Der Feuerreiter“) und als den ganz und ganz phantasiereichen „Mutter-Sprößer“. Er ging auf Mörikes Verhältnis zu Mutter und Schwester ein („Um meine Mutter“) und brachte seine Stellung zur Frau überhaupt, besonders jenseits eines großen, in Dunkel gehüllten Liederkunst erwähnend, aus der die sächsischen Veregrineulieder erwachsen sind. Die innere Dichtkraft des Dichters, sein Schreibkreis, Lassen und Gesicht-Werden. Müsten, sein Freude erhabender Optimismus und sein demütiges Gedanken vor dem Veld, sein Ideal geruhig-befriedigendes Glückes, das ihm wie ein Geschenk aussehen soll, das Vollfülliges seines Schaffens, strenger Konsequenz und ringender Arbeit abholt, wurde in Kunaths Ausführungen sehr gekennzeichnet. Gräulein Ulrichs Göze vom Landestheater Altenburg trug mit wirklichem Verständnis und einer dießglamen, feinsten Abhättungen fähigen Stimme Mörikes Werk vor und mache mit viel Geliebte seine schwierige Person leichter aufnehmbar. „Der Feuerreiter“ bot natürlich die beste Gelegenheit zur Entfaltung ihrer Mittel. Man vermehrte Gedichte wie „Selang Perias“, „Um Mitternacht“. Das verlorenen Möglein. Vielleicht hielt Martin Kunath diese Kostbarkeiten für zu bekannt? Den weiteren, von der Buchdruckerei Hoffmann veranstalteten „Kulturausgaben“ darf man aufdringlich einen viel besseren Erfolg wünschen. Eine fatale Störung während des Vortrags der Veregrineulieder sei gebührend gebrandmarkt.

Wahl der deutschen Mietervereine. In Dresden fand eine Tagung des Gesamtvorstandes des Bundes deutscher Mietervereine statt, in der eine längere Erörterung angenommen wurde. Es heißt darin u. a.: Trotz eindringlicher Warnung haben Reichsrat und Reichsregierung es für richtig gehalten, vom 1. Oktober 1923 ab den Mietern in Neubauten den Mieterzuschuß zu entziehen. Tausende von Mietern sehen jetzt bei Wohnungswilligung an sie gezielten wucherhaften Mietzinsforderungen vor Ablösung und zwangsweiser Herausziehung, ohne daß die Behörden auch nur im entferntesten imstande sind, für Erfahrwürdigkeiten zu sorgen. Trotz aller Warnungen hat weiter der preußische Wohnungsminister die Geschäft- und Industriehäuser der freien Mietpreisbildung überlassen. Nach der eigenen amtlichen Feststellung des Ministers sind die Wirkungen dieser Freigabe verheerend. Unter auffälliger Zurückhaltung der Regierungen und Behörden organisieren die Vermieter und ihre Verbände ganz offen den Widerstand gegen das Reichsmietengesetz und den Streit bei Verwaltung und Unterhaltung der Häuser. Der Bund deutscher Mietervereine fordert eine Verordnung über die Einführung der gesetzlichen Pflicht des Vermieters zur geordneten Verwaltung und Unterhaltung seines Eigentums. (Art. 158 der Reichsverfassung.) Die derzeitige Regelung der Wohnungsgesetzgebung in verschiedenen nebeneinander befindenden Reichs- und Landesgesetzen ist schon jetzt völlig unerträglich wegen der Weltweit der gegenwärtlichen Verhältnisse und Ausführungsvorordnungen. Der Bund fordert deshalb ein einheitliches Wohnwirtschaftsgesetz. Die Erfahrung hat die Richtigkeit der seit Jahren aufgestellten Forderungen des Bundes bewiesen, daß der Wohnungsbau nun grundsätzlich nur Sache der Allgemeinheit sein kann. Die Wohnungsbauabsage hat sich als unmöglich erwiesen. Sie muß erstellt werden durch die Erfassung der in den vorhandenen Gebäuden enthaltenen Ladenviertel, die durch Belegung mit einer Reichsgeldrente laufend wertbehaltende Mittel für den Neubau geben werden. In der letzten Entscheidung wird verlangt, die Belebung eines vom Vertrauen der Mieterstadt getragenen Reichwohnungskommissars, der mit solchen Befugnissen ausgestattet ist, daß er in der Lage ist, die Durchführung der bestehenden Reichsgesetze zu erzwingen.

Landeskirchlicher Rat. Dr. Ihmels und Präfident Dr. Böhme ihrer Amtskette entbunden. Wie erinnerlich, hat die sächsische Regierung den Landeskirchlichen und den Präfidenten des Landeskonsistoriums Dr. Böhme in den Übereignung der Amtskette zwangsweise in den Ruhestand versetzt. Wie verlautet, hat jetzt das Kircheregiment beide Herren von der Ausübung ihrer Amtsketten entbunden. Das ist nicht geschehen, weil die beiden höchsten Beamten der sächsischen evangelischen Kirche weitere Zwangsaufnahmen der Regierung fürchteten, sondern weil das Kultusministerium den Beamten des Landeskonsistoriums bei Androhung schwerer Strafmaßnahmen verbietet hat, noch irgendwelche Anordnungen des Landeskonsistoriums und des Landeskirchlichen auszuführen. Das Kircheregiment steht auf dem Standpunkt, daß die Zwangsvorschriften in Widerruf zu Art. 187 der Reichsverfassung steht, während die Staatsregierung den Standpunkt vertrete, daß die Angehörigen des Landeskonsistoriums mit Rechten und Pflichten der Staatsbeamten und der Staatsregierung unterstellt sind. Vom Kircheregiment ist bereits die Reichsregierung um eine Entscheidung in diesem Reichsrecht angerufen worden. Es steht noch dahin, ob die Frage durch die Reichsregierung selbst oder durch das Reichsgericht entschieden wird. Nebenfalls ist Dr. Ihmels nicht in seiner Eigenschaft als Landeskirchlicher, sondern als Vizepräsident des Landeskonsistoriums zwangsweise pensioniert worden. So lange die neue Kirchenvorstellung noch nicht in Kraft getreten ist, ist der „Landeskirchliche“ nur ein Titel und noch kein Amt. Der Titel wurde geschaffen für die von der Regierung verbotene Bezeichnung „Oberhofprediger“. Dr. Ihmels besteht aber nach wie vor als oberster Geistlicher an der ehemaligen evangelischen Kirche in Dresden den Titel Landeskirchlicher.

Sächsischer Gemeindebeamtenstag. Am 6. bis 8. Oktober. Trotz der Ungunst der Verhältnisse werden sich die sächsischen Gemeindebeamten, die im Sächsischen Gemeindebeamtenbund (S. G. B.) zusammengekommen sind, vom morgigen Freitag an in Baugau einzufinden, um wichtige Gegenwartsthemen der Gemeindebeamtenbewegung zu beraten. Die umfangreichen Vorbereitungen für die Tagung sind nahezu abgeschlossen.

Wanderung der Gebühren im Post- u. P. Verkehr nach dem Ausland. Der deutsche Gegenwert des Goldfrankelns bei der Gebühreneinhebung im Auslands-Post-, Zeitungs-, Telegrafen- und Fernsprechverkehr ist mit Wirkung vom 4. 10. an auf 72 000 000 Mark festgesetzt worden. Dieses Umrechnungswährungs ist auch bei der Wertangabe auf Posten und Briefen und auf Rätschen mit Wertangabe nach dem Ausland anzuwenden. Nähere Auskünfte erteilen die Post- und Telegraphenanstalten.

Eine Anfrage im Landtag. Die Abgeordneten Anders und Voigt, Deutsche Volkspartei, haben im Landtag folgende Anfrage gestellt: Bei der Verleihung einer Anzahl Schwestern in staatliche Instanzen hat sich gezeigt, daß das Ministerium des Innern einseitig Angehörige der sozialdemokratischen Beamtengewerkschaft bevorzugt zum Aufteil der Mitglieder der Gewerkschaft sächsischer Staatsbeamten. Dadurch wird der Anschein erweckt, als ob verucht werden sollte, auf die Gewerkschaft sächsischer Staatsbeamten einen Trick auszutüfteln, dem sozialistischen Zwecke sächsischer Staatsbeamter hizutreten. Wie geben die Regierung ein solches Vorgetragen, daß eine größere Verleihung der den Beamten ebenso wie den Arbeitern verfassungsmäßig gewährleisten Koalitionsfreiheit bedeutet, zu rechtfertigen?

Gute Wirkung der Verordnung über Anmeldepflicht von Edelmetallen. Es verlaufen, daß die Wirkung der Verordnung über die Anmeldepflicht von Edelmetallen unverkennbar sei. Viele Leute zogen es vor, bereits jetzt ihre Edelmetallvorräte aufzudecken, um einem später vielleicht eintretenden energischen Trick auszuweichen.

Gesamtbetrag für Poste. Die Postverwaltung hat vom 1. Oktober ab den Gesamtbetrag für Poste ohne Wertangabe auf 28 Millionen Mark für 500 Gramm der ganzen Sendung erhöht; für eingeholbare Sendungen werden im Falle des Verlustes 200 Millionen Mark gesetzt.

Arbeitsmarktbericht des Landesamts für Arbeitsvermittlung für die Zeit vom 23. bis 29. September. Die Gesamtarbeitsmarktlage seigte in dieser Berichtswoche, d. h. sie ist weiterhin schlechter geblieben, und die Zahl der Kurzarbeiter und Erwerbstoten hat wiederum nicht unbeträchtlich angestiegen. Selbst in der Landwirtschaft war die Nachfrage nach Arbeitskräften trotz der bevorstehenden Kartoffelernte äußerst gering, so daß auch hier eine Verminderung der Erwerbslosenzahl nicht erzielt werden konnte. Bedarf an Arbeitskräften bestand in geringem Umfang in der Metall- und Textilindustrie, aber auch nur da, wo verheiratete Frauen als Toptarbeiterinnen gearbeitet worden waren.

Fällige Reichsbanknoten. Amlich wird mitgeteilt. In letzter Zeit sind wiederholt Nachahmungen von Reichsbanknoten verbreitet worden, die durch Auskönnende und Zusammensetzung von Abbildungen eiserner Noten in illustrierten Blättern hergestellt worden sind. Trotz der vorhandenen Abweichungen ist es in einer ganzen Reihe von Fällen Betrüger gelungen, sie zu überwinden. Es erscheint angebracht, die Abbildungen illustrierter Zeitschriften wie auch allgemein darauf hinzuweisen, daß noch Paragraph 300 Bifur 6 Straß. die Anfertigung und Verbreitung von Trickblättern oder Abbildungen, die in Form und Verzierung dem Papiergeld ähnlich sind, strafbar ist. Das Reichsbankdirektorium warnt daher vor Anfertigung und Verbreitung solcher Abbildungen und ebenso vor Annahme der mit diesen Abbildungen hergestellten Noten. Ferner sind von den in letzter Zeit ausgegebenen Reichsbanknoten über zwei Millionen Mark mit dem Datum des 9. August 1923, über zehn Millionen Mark, über zwanzig Millionen Mark und über fünfzig Millionen Mark mit dem Datum des 25. Juli 1923, die ihnen Schutz in einem natürlichen Wasserzeichen und in den im Papierstoff eingebetteten Pflanzenteilen tragen, fälschungen aufgetaucht, die als solche an der mangelhaften Nachahmung oder dem Gehalt der Wasserzeichen — Wasserzeichen und Pflanzenteile — und schwer zu erkennen sind. Gleichzeitig wird auf den Umlauf von falschen Noten aufmerksam gemacht, die eine von den echten Reichsbanknoten in Schrift und Zeichnung ähnlich abschließende Ausführung zeigen. Vor Annahme dieser Fälschungen wird gewarnt. Für die Ausübung von Fälschmünzerlädt und dahinterstehende Angaben zahlt die Reichsbank hohe Belohnungen.

Wer die Annahme von Reichsgeld verweigert, macht sich strafbar. Sicherlich sind Wagnisse vorgebracht worden, daß Reichsgeld, besonders in den untersten Werten, in Geschäften nicht mehr als Zahlung angenommen wird und daß auch öffentliche Läden sich zur Annahme weigern. Demgegenüber sei festgestellt, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen jedes fahrläufige Reichsgeld angenommen werden muß und daß sich jeder, der sich weigert, strafbar macht.

Verbot der kommunistischen Partei. Wie aus Dresden gemeldet wird, hat das Heereskommando die gesamte sächsische kommunistische Presse wegen eines Aufrufs der SPD-Zentrale, der Bekämpfung gegen Reichsminister enthalten soll, verboten. Das Verbot ist nicht bestritten.

Verbot ein Opfer der Not im Drugsgewerbe. Redaktion und Verlog der bekannten Zeitung „Neben Land und Meer“ in Stuttgart teilen in ihrer Nr. 52 mit: „Mit dieser Nummer beendet „Neben Land und Meer“ seinen 85. Jahrgang und nimmt zugleich von seinen Lesern Abschied.“ Immer schwerer lastet der Drug der allgemeinen Zeitverhältnisse auf dem gebildeten Mittelstand. Er läuft einen Zustand der Ungewissheit, der für die Pflege geistiger Anregungen verhängnisvoll geworden ist. Unter solchen Umständen müssen wir uns die Frage, ob „Neben Land und Meer“ noch längere Zeit auf den alten Werken rechnen könne, verneinen. In dieser Erkenntnis müssen wir somit unsere uns lieb gewordene Arbeit abschließen und das weitere Erleben unseres Blattes bis zu einer besseren Zeit einstellen.“

Döbeln. Der Döbelner Herbstjahrmarkt findet in der üblichen Weise statt. Er beginnt nächsten Sonntag und dauert bis Mittwoch.

Dresden. Gemeinschaftlich mit dem Gemeindeverband Elektroaktivitätswerk für den Blauen Grund in Freital, sowie den Städten Freital, Radebeul, Tharandt und den Gemeinden Hainsberg, Cosmannsdorf und Somsdorf hat die Elektra A. G. ein neues Unternehmen unter der Firma Kraftwerke Freital Aktiengesellschaft in Freital ins Leben gerufen. Die Gesellschaft übernimmt das bisher von dem Gemeindeverband betriebene Elektroaktivitätswerk für den Blauen Grund. Das Unternehmen wird damit in die staatliche Stromversorgung eingegliedert. Die Vorberatungen für den Ausbau der zur Zeit noch ungenutzten umfangreichen Wasserkräfte der Wilzen und der Roten Weißeritz werden mit größter Beschleunigung durchgeführt werden, um diese Kräfte bald als möglichst wirtschaftliche Ausnutzung für die Versorgung des Industriegebiets im Blauen Grund zu erschließen.

Bautzen. Als „Dollarländer“ erwiesen sich die Nachwänger, welche die Aitemes in Kleindöbisch zu einer eintönigen Sängerschaft benutzten. Ein dortiger Einwohner, dem sie mit ihren multitalentlichen Gesangskünsten aufwartet hatten, stiftete ihnen 4 Millionen Mark. Dieser Betrag scheint den verhinderten Künstlern aber noch zu wenig gewesen zu sein, denn am anderen Morgen lagen nicht nur die gespendeten 4 Millionen auf dem Hausschrank, sondern die Sänger hatten noch 5 Millionen dazu gelegt. Der Spender meinte, daß solche Sänger jeden Tag kommen könnten.

Annaberg. Über die Vorfälle in Annaberg ist jetzt ein vom Bürgermeister Dr. Krug unterzeichnete amtlicher Bericht erschienen, dem das Annaberger Wochenblatt folgende Erklärung anfügt: „Nach dem amtlichen Bericht steht fest, daß der Rat der Stadt auf Veranlassung von Regierungsstellen die Verfassung verboten hatte und hierbei nicht anders handeln konnte — daß die Leitnehmer radikale, noch sogenannte faschistische Parteien waren, sondern sich aus Angehörigen aller bürgerlichen politischen Parteien zusammengesetzt haben und auf die Ausschaltung ihres Sprechers hin sofort auseinanderzogen — daß eine zentrale Organisation zahlreiche proletarische Hundertschaften aufgebaut und nach Annaberg gebracht hat — daß die Bürgerlichen, nachdem sie sich zerstreut hatten, truppweise von proletarischen Hundertschaften überfallen worden sind. Nachdem vorerst diese Nähmung einwandfrei erfolgte, muß von der sächsischen Staatskanzlei erwartet werden, daß die von ihr abgefaßte und verbreitete Meldung widerrufen und durch einen objektiven Bericht erlegt wird.“

Leipzig. Am Sonntag vormittag demonstrierte ein Kriminalbeamter bei der Überwachung eines D-Zug-Manns, der sich in verdächtiger Weise an zwei Damen heranmachte. Er sah dann noch, wie der Mann mit einer Hand in die Handtasche der einen Dame hineingriff, als diese ein Blatt breitete wollte. Als er sich bedroht fühlte, zog er seine Hand zurück und verließ den Wagen. Es wurde festgestellt. Die Damen hatten von der Gefahr nichts bemerkt, sondern sich nur über ihre offene Handtasche gewundert. Der Kriminalbeamte wurde als ein bereits

Wiederholte wegen Täschendiebstahl vorbestrafter Schleifer erkannt. Er betrieb den Täschendiebstahl gewerbsmäßig als „Nebenberuf“.

Herr Bergner. Dienstag morgen wurde auf seinem Hör am Mühlgraben, in der Nähe der Schulgasse Mühle, jedoch auf der rechten Seite des Grabens, die Leiche des Arbeiters Leinde gefunden. Derselbe war von der Arbeitsstätte gekommen und hatte dann in Neunaubort bei einem Landwirt gearbeitet. Von dort aus hat er auf dem Heimweg jedenfalls auf seinem Hör nach dem Fleisch leben wollen, weil er wahrscheinlich schon betrunken worden ist. Dabei musste er auf Feldblüte gestoßen sein, die ihn dann mit einem scharfen Gegenstand, jedenfalls mit einer Hölle, erschlagen haben.

Nichtamtlicher Bericht über die öffentliche Gemeinderatssitzung in Gröba

am 2. Oktober, abends 7 Uhr,
im Sitzungssaal der Zentralstube.

Anwesend waren die Herren Gemeindevorstand Hans, Gemeindebeamter Günther, sowie 13 Mitglieder des Gemeinderats. Entschuldigt fehlten die Herren Apelt, Heidel, Padiaw, Lieberwirth, Weißner, Schiller und Schwartz. Im Sitzerraum hielten zwei Herren Platz genommen. Die Sitzung leitete Herr Gemeindevorstand Hans.

1. Der Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung, Grundsteuer betr., wurde in 2. Uebung genehmigt. Es werden demnach an Steinen erhoben: für 1 Hund 9 Mill. für jeden 2. Hund eines Beispiels 18, für den 3. Hund 27, für den 4. Hund 36 und für den 5. Hund 45 Mill. Mark.

2. Ebenfalls in 2. Uebung verabschiedet wurde der Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung, Grundwerbsteuer betr. Die Grundwerbsteuer wird in Zukunft nicht mehr erhoben, an dessen Stelle wurde der Gemeindeanteil an der Grundwerbsteuer auf 4 Prozent erhöht.

3. Ein weiterer Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung, welcher eine 200 prozentige Zusatzsteuer zur Gewerbesteuer feststellt, wurde genehmigt.

4. Es folgte nunmehr die Beratung über Einführung einer Getränkesteuer. Der hierzu vorliegende Nachtrag-Einführung zur Gemeindesteuerordnung stand ebenfalls die Zustimmung des Kollegiums. Die Gebührensätze sind dem den Gemeinden zugegangenen Musterentwurf angepaßt worden. Der Steuer unterteilt alkoholische und auch sog. alkoholfreie Getränke (Mineralwasser, Limonaden). Herr Führer wies ausdrücklich darauf hin, daß man gern darauf zugelassen wäre, die alkoholfreien Getränke steuerfrei zu belassen. In Anbetracht dessen aber, daß dann die Belastung auch der alkoholfreien Getränke von Belegschaften erfolgen würde, habe man sich zu der getroffenen Maßnahme entschließen müssen. Herr Horn erinnerte daran, daß die einmal bestehenden Steuern, so lange diese nicht werbefähig erhoben werden könnten, so schnell wie möglich eingehoben werden möchten. Der Herr Gemeindevorstand bemerkte hierzu, daß die Getränkesteuer monatlich und spätestens bis zum 7. des folgenden Monats zu bezahlen sei.

5. Nachdem die reichsgerichtliche Wohnungsbaubauabgabe — Landes- und Gemeindeanteil zusammen 90000 Prozent — durch Reichsgesetz vom 18. August 1923 festgesetzt worden ist, macht es sich nötig, einen neuen Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung unter Anpassung an den jeweiligen Gehalt aufzustellen. Die vom Ministerium empfohlene Muster-Steuerordnung wird wörtlich zum Anhören genommen und es sollen an Sonderzuschlägen erhoben werden 1. der gleiche Betrag wie die reichsgerichtliche Wohnungsbaubauabgabe für Wohnungen, 2. für gewerbliche Räume das Doppelte des von Wohnräumen erhobenen Betrages, 3. zum Ausgleichsstot das Dreifache der reichsgerichtlichen Wohnungsbaubauabgabe. Da die Gemeinde mit Rücksicht auf ihre finanziell alle Steuermöglichkeiten erschöpft ist, so müssen auch für Gröba die vorliegenden Höchstfälle von Wohnungsbaubauabgabe erhoben werden. Der aufgestellte Nachtrag findet deshalb einstimmige Annahme, jedoch bezüglich der Bußgeld zum Ausgleichsstot gegen die Stimme des Herrn Dennis, weil dieser der Meinung ist, daß die zur Vereinnahmung gelangenden Petitionen unbedeutender Art sind.

6. Das Kollegium nahm Kenntnis von der Erhöhung des Gaspreises auf 9 Millionen und des Wasserpreises auf 8 Millionen Mark pro Kubikmeter. Herr Henrichs berichtete über die außerordentliche Preissteigerung für Kohle und Verwaltung. Die diesmalige bedeutende Preissteigerung für Gas und Wasser habe erfolgen müssen, um der Verwaltung Betriebskapital zur Verfügung zu stellen. Herr Matthäus wies darauf hin, daß auch die jüngsten Tage bei weitem nicht ausreichen würden. Der Kostverlust könnte für das Werk

Nud doch!

Roman von Anna Bothe.

48. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Copyright by Anna Bothe, Berlin.

Ist es wirklich ihr letzter Gruß?" fragte ich still. Er nickt. „Ja, der Hotelwirt aus Lugano, der mir den Brief sandte, schrieb mir, daß sie still hinübergegangen und daß man sie unter Blumen eingebettet hätte zum letzten Schlaf.“

Möchte sie ruhig ruhen," saß er leise.

Hasso geht still hinaus — es drängt ihn wohl, allein zu sein in dieser ersten Stunde.

Ich aber gehe hinab zu dem Kind, daß nun wirtschaftlich mutterlos geworden.

Wie kurz die Tage sind, und wie lang und lang die Nächte! Wenn am Tage Hoffnung in mein Herz zieht, in der Nacht, wenn die Eulen mit bessarem Schrei die Hasselburg umkreisen, dann schwindet sie. Rena ist nur noch ein Schatten. Die großen Augen mit dem wunderbaren Kinderedukt und das goldblonde Haar, welches das Köpfchen umhüllt, erinnern allein noch an die einstige Schönheit des Kindes.

Ich bin stets bei ihr, Tag und Nacht. Sie, die nun wirklich keine Mutter mehr hat, soll nichts entbehren, keine Liebe, keine Freude. Mit meinem ganzen Sein lämmere ich mich an diesen kleinen kindfältigen Kindeskörper, mit ihm, als ruhe mein ganzes Dasein in diesem Kind. Und Rena weiß das, denn wenn sie mich sieht, liegt es wie Verklärung über das bleiche, kleine Gesichtchen, und die blauen Augen strahlen auf in einem wundervollen Glanz.

„Du mußt dir Ruhe gönnen, Jolande,“ sagt Hasso eines Tages zu mir, „du bist selbst nur noch ein Schatten. Schone dich, ich bitte dich.“

Der seltsame Ton in seiner Stimme hat etwas Erzitterndes für mich. Aber ich habe doch trostig das Haupt schütteln müssen, für wen wohl, wenn Rena mich nicht mehr braucht? Für ihn, dessen Haus nicht mehr das meine ist, oder für meine Mutter, die nicht mal meine Ankunft hier abgewartet hat, ehe sie nach dem Süden reiste, weil Hasso wieder so generös war, ihr eine Reise dorthin zu ermöglichen?

Wie habe ich mit dem Senkenmann gerungen um das junge Leben dort, das da vor mir so matt in den blaueäugigen Aissen auf dem Ruhbett des GartenSalons

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 551 875 000 M. Bemerkung, ohne Gewähr.

eine sehr gute Einnahmequelle sein. Ein großer Teil des Kostes werde allerdings zur Heizung der Zentralstube verwendet. Dadurch, daß der Betrag für den Kost nicht immer zur Verfügung steht, könnten keine Kosten beschafft werden. Er empfahl deshalb, ordnungsmäßige Sparmaßnahmen im Kostverbrauch zu üben. Auch Herr Horn sagte an, alle Sparmaßnahmen zu erüben. Es müsse seitens des Schulvorstandes jedem Verluste beträchtliche Deckkraft innerhalb der Schule vorgebaut werden.

7. Mit Rücksicht auf die steigende Geldentwertung hat der Gasverbrauch beschlossen, Mittwoch Abend Monatsabrechnungen auf Gasverbrauch einzuführen. Die auf eine bestimmte Summe lautende Gasmarke soll bei der Abrechnung am Montagende als Bargeld mit in Rechnung genommen werden. Zu dieser Einsichtung erklärte das Kollegium seine Zustimmung.

8. Für die am 18. November stattfindenden Gemeindevertretewahlen sind wiederum 4 Wahlbezirke gebildet worden. Die Einsichtung ist der bisher üblichen Form angepaßt. Als Wahllokal sind für den 1. und den 2. Wahlbezirk je ein Raum im Gemeindeamt, für den 3. und den 4. Wahlbezirk je ein Raum in der Zentralstube vorgesehen. Als Wahlvorbereiter werden sogenannte Herren Gemeindevorstand Hans, Gemeindevertreter Führer, Gemeindeältester Günther und Gemeindevertreter Schiller. Das Kollegium ist mit dieser Regelung einverstanden; ebenfalls

9. mit der Bildung des Wahlausschusses, dem u. a. die Prüfung der Wahlstellen, die Feststellung des Wahlresultates, die Verteilung der Sitze usw. obliegt. Herr Gemeindevorstand Hans bat, die Wahlvorschläge rechtzeitig einzubringen, damit eine Vervielfältigung erfolgen könne. Die Wünsche betr. Bekanntgabe des Gesamtergebnisses in einem geeigneten Raum sollen möglichst berücksichtigt werden.

10. Zu einem Schreiben des Wirtschaftsbüroherrn Kneipper im Ortsteil Oberzeulen, in dem dieser in Anbetracht der bevorstehenden Eingemeindung zur Stadt Niela wiederum Umbezeichnung seiner Flurfläche in die Gemeinde Unterzeulen bittet, hat der Verwaltungsausschuß eine neue Stellung genommen; er hat sich abermals auf den abhängenden Standpunkt stellen müssen. Auch der Gemeindevorstand glaubte, dem Gefüche nicht stattgeben zu können. Er empfiehlt vielmehr dem Geschäftsteller, sich ebenso später mit der Stadtgemeinde Niela in Verbindung zu setzen.

11. Auf eine Verfügung der Kreishauptmannschaft hat die Amtshauptmannschaft mitgeteilt, daß die vom Gemeinderat beschlossene Regelung der Feichenfragen gebührend nicht allenthalben genehmigt worden sei. Es werde deshalb anstrengt werden, den Vorfall des Verwaltungsausschusses anzunehmen. Der Verwaltungsausschuß hat entgegen der Verfügung beschlossen, es bei den vom Gemeinderat festgelegten Gebührenräumen zu belassen. Diesem Beschlüsse trat das Kollegium einstimmig bei. Die Kosten für Versorgung der Leiche eines Kindes im Alter von 2—14 Jahren seien sich somit auf vier Fünftel des vollen Betrages, für Versorgung der Leiche eines Kindes im Alter bis zu 2 Jahren werden zwei Drittel des vollen Betrages erhoben.

12. Mitteilungen und Anfragen. Das Kollegium nahm Kenntnis von der vom Beamtenauschluß vorgeschlagenen Festlegung der Gehaltszeit im Gemeindeamt während des Winterhalbjahrs. Wie anberwärts, sollen auch die Amtsen an einem Tag für den öffentlichen Verkehr geschlossen bleiben. Ferner wurde Kenntnis genommen von einer Einladung der Freiheitserwerb zur Feier ihres Stiftungsfestes. — Herr Gemeindeältester Günther gab bekannt, daß Herr Fleischer Otto gewillt ist, mit dem Bau seines Wohn- und Geschäftshauses zu beginnen und die erwerblosen Baugrundstücke zu beschaffen, wenn ihm Hilfsmittel aus Mitteln der produktiven Erwerbsförderung vermittelt werden. Fleischer wurde die ergangene Ausführungsverordnung vorgetragen und dabei weiter mit erläutert, daß auch Hausinstandhaltungsarbeiten an veralteten Wohngebäuden mit gleichen Mitteln gefördert werden können, wenn und solange die Anzahl der Hauptunterstützungsempfänger durchschnittlich mehr als 15 vom Durchschnitt der Bevölkerung beträgt. Außerdem kann eine Förderung auch solange eintreten, als, ohne daß der erwähnte Satz von 15 vom Durchschnitt erreicht ist, in der betreffenden Gemeinde eine besonders große Arbeitslosigkeit im Baugewerbe herrscht. Da die Voraussetzungen in Gröba erfüllt sind, beschloß der Gemeinderat einstimmig, daß im Rahmen die Übernahme des auf die Gemeinde entfallenden Anteils von einem Teile des Gehalts der Gehalts aus der produktiven Erwerbsförderung ausgeschlossen wird.

— Die seinerzeit beschafften Erfäßlärge sind bis auf vier Stück verwendet worden. Die Firma hat Erfäßlärge

zum Preise von 250 Millionen Mark pro Stück ab Habillet Dresden-Griesdorffstob angeboten. Die Fälsche wurden in der bisherigen Ausführung gefertigt. Frau Schäfer machte auf einige beobachtete Mängel aufmerksam und empfahl, bei Anlauf auf Abstellung bedacht zu sein. Der Gemeinderat beschloß, zunächst fünf Erfäßlärge zu bestellen, im übrigen aber zu der Angelegenheit mit Rücksicht zu nehmen. — Herr Kreubenberg brachte die heilige Frage der Kartoffelversorgung für die Gröbaer Einwohnerschaft zur Sprache. Diese Angelegenheit bot begreiflicherweise genügend Stoff zu einer erledigen Aussprache. Wedner erklärte, daß es höchst schwierig sei, von der Gröbaer Landwirtschaft Kartoffeln zu erhalten; sie würden ungerechterweise zurückgehalten. Herr Gemeindeältester Günther erwiderte hierauf, daß er sich gefürchtet der Kartoffelbelieferung besondere Aufmerksamkeit gewidmet habe. Die Beijer hätten auch bereits Kartoffeln an Gröbaer Einwohner abgegeben. Die Ernte sei nicht so gut wie es scheine, sie sei höchstens als mittel zu bezeichnen. Dazu kämen erhebliche Verluste durch Heideblattstahl. Man werde kaum in der Lage sein, den Bedarf für die Gemeinde zu decken; auch die übrigen benachbarten Gemeinden, mit denen er verhandelt habe, liefern keine Kartoffeln heraus. Herr Günther vertheidigte, daß er gern bereit sei, mit den Landwirten nochmals Rücksprache zu nehmen. Herr Führer behauptete, daß die Erträge von einzelnen Städten sehr gute gewesen seien; wenn von einzelnen Landwirten die Belieferung von Kartoffeln verzögert werde, so müßten sich diese die Folgen der Selbsthilfe seitens der Einwohnerschaft zuschreiben, die Gemeindeverwaltung könne eine Garantie nicht mehr übernehmen. Es müsse die Amtshauptmannschaft angegrungen werden, hier Wandel zu schaffen. Auch Herr Bentzsch bilderte durch einige Beispiele, daß die Kartoffelbelieferung zu wünschen übrig lasse. Frau Berger erklärte, daß während der letzten Tage in seinem heutigen Gespräch Kartoffeln zu bekommen waren; die Landwirte möchten eigentlich zu versuchen, aus der Großenhainer Gegend, die nach den Ausführungen des landwirtschaftlichen Vertreters im Bezirksausschuß überzeugt zu sein scheine, Kartoffeln zu erhalten. Die gegebenen Anregungen wurden zum Beispiel erhoben.

Schluss der Sitzung nach 9 Uhr.

Bemerktes.

Eisenschlagdrama im Süden Berlins. Eine Eisenschlagdrama hat sich in der Mittwochsnacht in dem Hause Kommandantenstraße 15 abgespielt. Dort wohnt der Magistratsbeamte Fritz Geissler mit seiner erheblich jüngeren Ehefrau, Emma geb. Prüfer. Der Mann war sehr eiferhaft, und es kam wiederholte heftige Auffritten. Gestern wurde der Mann wieder von Eisenschlagdramen geplagt und machte gründlich das Zimmer ab. Während sich diese Szene im Wohnzimmer abspielte, holte der Chefmann ein Seil und schlug auf seine Frau ein. Er zertrümmerte ihr den Schädel, so daß sie bestummellos zusammenbrach. Als er sah, was er angerichtet hatte, verließ er die Wohnung und irrte in den Straßen umher, bis er gegen drei Uhr nach einem Polizeibeamten auffiel. Diesem erklärte er dann, daß er seine Frau geschlagen habe, aber nicht wisse, was mit ihr geschehen sei. Der Beamte brachte den Mann nach dem Polizeirevier, wo er verhört wurde. Die Beamten eltern nur nach der Wohnung, wo sie die Frau mit zertrümmertem Schädel auffanden. Der Täter wurde im Gefängnis genommen.

Schwere Gutplunderungen bei Mörs. Aus Mörs wird der Telegraphenbericht: Hier sind große Plunderungen auf dem Gute Theinhäusen, der Firma Krupp gehörig, vorgenommen. Es erschienen zur Nachtwacht 2000 Leute, die sich zum Gut begaben und behaupteten, wegen Lebensmittel zu kommen. Es wurde aber nichts gefordert. Die Leute drangen vielmehr planmäßig in die Gutgebäude ein, indem sie Türen und Kellerstufen einschlugen. Aus den Ställen wurden die Schweine herausgeführt, das Gedervieh wurde mit Knüppeln totgeschlagen. Die mit Getreide und Buttermitteln angefüllten Scheunen wurden in Brand gesetzt. Die Feuerwehr der benachbarten Ortschaften hatte es trotz großer Mühe nicht mehr vermocht, die Scheunen zu retten. Sie brannten vollständig nieder. Auch andere Gebäude stießen dem Feuer zu Opfer. In den niedergebrannten Scheunen lagerten die Erträgnisse von 25 Morgen Roggen und 20 Morgen Weizen, 24 Morgen Hafer und 24 Morgen Buttermitteln und Kleie. Die Firma Krupp ist infolgedessen gezwungen, ihren Betriebstand weiter herabzusetzen. Das bedeutet eine entsprechende Verminderung der für die Kruppischen Arbeiter bestimmten Milch.

Erbböden in Kanada. Aus Ottawa wird drastisch gemeldet: Es ereigneten sich neue Erdbeben, die beträchtlichen Schaden anrichteten. Man befürchtet, daß Menschenleben zu beklagen sind.

metzt auch wie Gold, — ich glaube, Papa, ich Papa, das sind die Engelstein, die mich holen wollen.“

„Wo, mein Herz?“ fragt Hasso fast heiser, und sein Blick streift den roten Himmel, der in letzter Scherbenbrüche durch die weitgeschwungenen Türen der Terrasse hereingeströmt. „Ich sehe die Engel nicht.“

„Doch doch,“ sagt Rena ganz verklärt, „Sie doch.“

„Na, Rena,“ sage ich zärtlich, „ich sehe sie, herrlich sind sie anzuschauen.“

„Nicht wahr,“ sagt Rena strahlend, „sie sind sehr schön, so schön wie du, Mama Jolande, und so gut.“ Und dann, sich plötzlich aufzustützen und die kleinen abgezehrten Händchen faltend, sagt sie leise:

„Rena will breien.“

Hasso' Arm hält und noch immer umfangen, heißt so fest, als müßte er und immer so halten, und ein ganz unbeschreiblicher Blick trifft mich, den ich nie vergessen werde, als es sich jetzt mühsam von des Kindes Lippen ringt:

„Lieber Gott, mach mich fromm.“

Und dann ist's still, totenstill. Nur ein Seufzer, ein einziger Seufzer, liegt noch durch den Raum, schwer und fast blonde Kopfschläfen zurück — der kleine Körper streckt sich weit — ein Lächeln, ein süßes, fröhliches Lächeln irrt noch einmal um den kleinen, kleinen Kindermund, und dann ist's vorbei — Rena hat ausgestöhnt.

Der qualvolle Auffrischung, der mir aus dem Herzen aufsteigt, löst sich nicht — ich blicke nur starr auf das Kind, das heimgegangen, und auf seinen Vater, dessen Mund ich missle.

Runn verglimmt auch draußen der lehre Sonnenstrahl — wir führen noch immer still herum, daß tote Kind in unserer Mitte. Wie ist, als wäre ich in der Minute, wo ich Rena aus den Armen lasse, für immer von Hasso' gescheben. Ob er gleich mir empfinde? Ich achte nicht die Dual der körperlichen Anstrengung, trotzdem ich mich kaum aufrecht halten kann — ich kann das Kind nicht lassen.

Endlich ermannt sich Hasso. Mit festem Arm hebt er die Tatschgeleide empor und bettet sie auf die Polster. „Komm, Jolande,“ sagt er sanft, „Gönne mir dem Kind die lang erträumte Ruhe.“

„Hasso, verzehe mir — ich bin schuld daran, daß dein Kind gestorben.“

liegt und lächelt, wenn mein Blick es in zärtlichen Sorge trifft. Wie habe ich geflüstert mit tausend Waffen, die nur die Liebe führt, aber mein Mut sinkt, und meine Kraft droht zu erlahmen, wenn ich auf das Kind sehe, das Einzigste, was ich liebe und das mich liebt.

„Rena will in Mama Jolande's Arm,“ sagt die kleine plötzlich, und wie ein Schluchzen bringt es aus der kleinen Brust.

„Das sollst du auch, mein Liebling,“ entgegnete ich, zu dem Lager des Kindes tretend. „Sieh, so liegt Rena gut, nicht wahr?“

„Da, nicht das Kind, mit zärtlichem Blick den Vater grüßend, der soeben über die Schwelle des Zimmers tritt. „Mama Jolande muß nun dem Kind etwas erzählen, ich weiß was Schones.“

„Ein Märchen, Rena?“ frage ich zärtlich, „von Prinzen und Prinzessinnen mit schönen Kleidern und blitzen Schmied?“

„Nein, Mama Jolande,“ entgegnete Rena, das blonde Häppchen fest an meine Brust drückend, „von Englein erzählen, die kleine Blumen, viele, viele Blumen. Sie tragen weiße Kleider und fliegen vom Himmel auf die Erde, scrome und gute Kinder in den Himmel zu tragen.“

Ein Ruf des Schreitens fast des Entzuges entglüht Hasso' Lippen. Mit starren Augen blickt er auf Rena, die in meinem Schoße ruht, dann kniet er vor dem Kind auf die Knie, und die kleinen, kleinen Händchen Renas an seine Lippen ziehend, sagt er mit einem erschütternden Klang in der Stimme:

„Rena darf aber nicht in den Himmel, Rena muß bei Papa bleiben, der ohne sie ganz, ganz allein ist.“

Da fliegt fast ein überirdisches Lächeln um den kleinen, blauen Mund, ein zärtlicher Blick trifft mich, um dann auf dem Antlitz des Vaters zu haften.

„Rena hat Mama Jolande, die ist gut und lieb. Rena aber möchte zu den Englein gehen, da ist Mama Miriam, und die gibt Rena Blumen, viele, viele Blumen. Sie streuen wir auf die Erde für Papa und Mama Jolande, die sich dann freuen, sehr freuen.“

</div

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 4. Oktober 1928.

Eine warnende Stimme

wegen innerpolitischen Bestrebungen.

W. Nölln. Der Zentrumsschaarwne Rieß weist in der "Röntlichen Volkszeitung" auf die Notwendigkeit von Verhandlungen hin, die im Interesse der Wiederherstellung des Verkehrs- und Wirtschaftslebens am Rhein und an der Ruhr dringlich seien, wobei sich die Reichsregierung nicht ausschalten lassen dürfe. Angesichts der augenblicklichen innerpolitischen Schwierigkeiten will es übrigens dem Abgeordneten scheinen, als ob diejenigen, die dank ihrer unzulänglichen Methode mit den äußeren Gegnern nicht fertig zu werden vermögen, sich nach einem inneren Feinde umsetzen, auf dem sie sich stützen könnten. Er warnt vor dieser Entwicklung, die Deutschland auf Abrechnung in Unruhen und Ränke bringen würde und erklärt, daß die kritische Arbeiterbewegung sich von einer derartig gefährlichen innerpolitischen Vorstufe fernhalte.

Jur Luge in Bayern.

München. Nur politischer Luge Bayerns ist bemerkenswert, daß die einzelnen vaterländischen Verbände in der Weise mit neuen Erfordernissen und Forderungen hervortreten. So verlangt eine Versammlung aller Gau des "Bundes Niederbayern", von Bayern und dem Reich den Rücktritt des politischen Leiters des Gesamtverbundes Dr. Pittinger, da er ein Hindernisgründ für die Einigung aller vaterländischen Verbände sei. In einer Erklärung der Landesleitung der "Reichsflagge" wird nachdrücklich betont, daß jede Bewegung bekämpft würde, die es wagen sollte, die politische Hochspannung zu missbrauchen. Eine Mitteilung der vaterländischen Verbände an die "Münchener Augsburger Abendzeitung" spricht bereits von einem Machterübergang der Nationalsozialisten an anderen vaterländischen Verbänden wegen der unverständlichen Stellungnahme des "Völkischen Beobachters" gegenüber von Rieß. (Privatmeldung.)

München. Die sozialistische "Freie Presse" in Ingolstadt ist auf acht Tage verboten worden.

Dr. Hugo Wirtschaftsminister?

Berlin. Die "Berliner Börsenzeitung" meldet: Gestern abend ging in parlamentarischen Kreisen das Gericht um, daß der volksparteiliche Abgeordnete und Generaldirektor Dr. Otto Hugo für den Posten des Wirtschaftsministers in Aussicht zu nehmen sei.

Eine bedeutsame Unterredung mit Curzon.

Paris. Wie Havas aus London berichtet, hat gestern der französische Botschafter Lord Curzon besucht. Diese Unterredung sei die erste seit den Verhandlungen Baldwins mit Poincaré und habe unter den augenblicklichen Umständen ganz besondere Bedeutung. Sie habe über eine Stunde gedauert. Keine Andeutung über den Gegenstand der Unterredung sei offiziell gemacht worden, aber man habe Grund anzunehmen, daß sich die Ausprache auf das vorzeitliche Erscheinen über die auswärtige Lage und die französisch-englische Politik bezogen hat, das Curzon am Freitag der Reichs konferenz abgehen werde.

Die Pariser Presse zur deutschen Krise.

Paris. Man gibt es allmählich auf, sich in den unklaren Meldungen aus Berlin und der Lage in Deutschland auskennen zu wollen. Man möchte, so heißt es, von der Repräsentanz der Berliner Botschaft auf seinen Fall eingeknickt werden. Schuld an den Verhältnissen in Deutschland nicht das Deutschen, einzig und allein dem deutschen Kanzler Stresemann zu der entlastet die Hölle der Regierung fällt in die Hand zu nehmen, sie schlägt herunter hängt läßt. Der "Temps" erklärt, daß sich die Aufgabe des Reiches darin besteht, den Verbündeten eine Wiedervereinigung sowie Reparationszahlungen vorzuschlagen. Das Blatt weist das Ansehen der Kommission zu entenden, als unumstößlich zurück.

Die Londoner Presse zum Kabinett-Rücktritt.

London. Der Rücktritt des Kabinetts Stresemann, der hier erst in später Nachkunde gemeldet worden ist, wird, abgesehen von der "Times", von den Blättern noch nicht kommentiert. Die "Times" schreibt, die Meldung von dem Rücktritt werde niemand überreichen, der die Lage in Deutschland verfolgt habe.

Amtliches.

Rattenvertilgung.

Der Rat hat beschlossen, in diesem Jahre von der Beseitigung einer allgemeinen Rattenvertilgung abzusehen. Es werden jedoch alle Einwohner erachtet, in ihren Grundstücken bzw. Wohnungen vorhandene Ratten sofort zu vertilgen. Sollte die Feststellung gemacht werden, daß dieser Bekanntmachung nicht Folge geleistet wird, würden wir genehmigt sein, wie in früheren Jahren, nach Besinnen unter Anwendung von Strafmaßnahmen eine allgemeine Rattenvertilgung auf Kosten der Haushalter durchzuführen.

Der Rat der Stadt Niels, am 4. Oktober 1928. Gis.

Die Kreishauptmannschaft hat auf Grund erster Erörterung des Ministeriums des Innern zum XXXI. Nachtrag zur bisherigen Grundsteuerordnung — Aenderung der Vergnügungssteuer — die Genehmigung erteilt.

Diese Bestimmungen treten sofort in Wirklichkeit. Der Nachtrag liegt auf 14 Tage zur Einsichtnahme im Rathaus — Zimmer Nr. 3 — aus.

Der Rat der Stadt Niels, am 4. Oktober 1928. Gis.

Kartoffelabgabe vom Rittergut Merzdorf.

Mit der Aussage der vom Rittergut Merzdorf bestellten Kartoffeln kann erstmals Woche beginnen werden. Der Preis wird sich etwa 40% unter dem Tagespreis bewegen. Es kann aber jeder Einwohner, der Kartoffeln von Merzdorf erhält, diese schon jetzt voll bezahlen, um eine weitere durch die rasende Geldeinflistung bedingte Preiskrönung zu vermeiden. Der Preis ist zunächst bis Sonnabend, den 6. Oktober, auf 60 Millionen für 1 Centner festgesetzt. Zahlungen werden im Gemeindeamt, Zimmer 12, angenommen.

Gröba (Elbe), am 4. Oktober 1928.

Der Gemeindevorstand.

R. Richters Konzert, Sommer 1928.
Am dem Sonnabend, 6. 10., im Hotel

Wettiner Hof stattfindenden
Abschieds-Ball

laden wir hiermit alle Scholaren, sowie Freunde und Bekannte herzlich ein. Eintritt 7 Uhr, Anfang 7 Uhr.

Der Vorstand.

Gerichtshof.

Wolke Tabak- und Zigarettenfabrik, die Fabrik von unversteuertem Tabak und Zigaretten, gewerbs- und gewohnheitsmäßiger Hebler, sowie Hinterziehung der Tabaksteuer standen vor der 2. Strafkammer die Arbeiter Kurt Mag Müller, Heinrich Moritz Winkler und Julius Arno Kern, sowie der Kraftwagenführer Ernst Wieland Viebig, die bei einer Dresdner Zigarettenfabrik beschäftigt waren, ferner der Arbeiter Emil Friedrich August Bahr und dessen Ehefrau Anna Pauline geschlebene Haubold geborene Böhme. Die Eheleute Bahr hatten aus dem von W. W. A. und C. entwendeten Tabak Zigaretten anfertigen lassen und dann unversteuert in den Handel gebracht. Winkler und Viebig wurden zu je 9 Monaten Gefängnis, Müller zu 10 Minuten und Kern zu 8 Minuten Markt Geldstrafe, wegen gewerbs- und gewohnheitsmäßiger Hebler Bahr zu 1 Jahr 3 Monaten, seine Frau zu 1 Jahr Buchstabe, überdies alle Angeklagten wegen Hinterziehung der Tabaksteuer verurteilt: das Ehepaar Bahr zu 4600000 Mk., Winkler zu 12800000 Mk., Viebig zu 6400000 Mk., Kern zu 820000 Mk. und Müller zu 115200 Mk. Geldstrafe. Bei den Eheleuten Bahr, sowie bei Winkler und Viebig wurde die Untersuchungshaft voll in Anrechnung gebracht.

Aus Kunst und Wissenschaft.

Ein jugendlicher Dramatiker. Der "Döbelner Anzeiger" meldet: Als Dramatiker hat sich Herr Erich Rennick von hier in jungen Jahren veracht. Im Alter von 18 Jahren begann er ein jugendliches Schauspiel und vollendete es kurz vor seinem 17. Lebensjahr. Der junge Autor hat auch bereits einen Verleger gefunden und soll mit einem zweiten Schauspiel beschäftigt sein.

Bereinigung Überlauster Schriftsteller. In Bayreuth wurde eine Bereinigung Überlauster Schriftsteller (Sächsische und Thüringische Oberlausitz) gegründet. Ihr Zweck ist, für Erhaltung des heimatlichen Schriftums, Erhaltung der heimatlichen Blätter und Bühnen zu wirken und die wissenschaftlichen und dichterischen Erzeugnisse des Gebietes zu sammeln.

Turnen, Sport und Spiel.

Niclaer Sportverein — Abteilung für Jugendpflege. Die am Sonntag abgehaltene Schnupperstag im Niclaer-Leutewitzer Gelände verlief äußerst spannend. Alle Teilnehmer durchliefen die an 3 Kilometer lange Strecke, die über verschiedene Hindernisse führte und von den Büchsen (Schubert und Bergmann) gut gewählt war bis zum Ziel. Als erster kam Dreißler an, dem der 14-jährige Thümmler in voller Frische folgte. Minchner wurde dritter.

Volkswirtschaftliches.

Die Einkommensteuerbescheide über kleine und kleinste Betriebe. Das Reichsfinanzministerium teilt mit: Die kleinen darüber verfümmen nicht, daß die Finanzämter noch immer kleine und kleinste Betriebe anfordern. Ramentlich wird über die Auflösung von Einkommensteuerbescheiden gefragt, die naturgemäß heute überholte Verträge aufweisen. Hier liegt der Kritik ein Problem zugrunde. Die Einkommensteuerbescheide für 1922 bilden nämlich die Grundlage für die erhöhten Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer und für die Rhein-Ruhrabgabe. Die am 5. Oktober fällige Zahlung beträgt das 30-fache des Vierteljahresbezuges der Steuer für 1922; als Rhein-Ruhrabgabe ist das Doppelte dieser Vorauszahlung zu entrichten. Wenn ein Steuerpflichtiger also ein Steuerbescheid über 40000 Mark Jahressteuer für 1922 zugesetzt wird, so hat er am 5. Oktober 300 Millionen Einkommensteuervorauszahlungen und 600 Millionen Rhein-Ruhrabgabe zu entrichten. Durch die Abzugsordnung wird dafür Sorge getragen, daß die tatsächlich zu zahlenden Steuerbetriebe auf volle Millionen nach unten, Lohnsteuerbetriebe auf volle 100000 Mark nach unten abgerundet werden. Beträge von weniger als 1 Million — also z. B. eine solche Einkommensteuererstattung — werden für sich allein nicht eingezogen.

Unterstützungsbeträge in ausländischer Waluta betr. Die Maßnahmen über die Devisenerlassung haben vielfach zu der Befürchtung Anlaß gegeben, daß die aus dem Aus-

land in ausländischer Waluta an deutsche Gütekürbige auszobenden Unterstützungsbeiträge der Beschlagnahme verfallen würden. Diese Befürchtungen sind, wie uns von außerhalb der Sache mitgeteilt wird, völlig unbegründet. Gemäß § 1 Absatz 4 der Durchführungsbestimmungen zur Verordnung über die Devisenerlassung kann die Ablieferung von Unterhaltsbeiträgen oder von Beiträgen in ausländischer Waluta, die in Erfüllung einer förmlichen Willkür oder einer auf den Anstand zu nehmenden Rücksicht überwiesen sind, von dem Kommissar für Devisenerlassung nicht gefordert werden.

Die Reichskinderpflizer für Lebenshaltungskosten, Ernährung, Wohnung, Kleidung, Beleuchtung und Belebung beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den 1. Oktober auf das 40400000fache der Vorjahrssumme. Die Stellung gegen die Vorwoche (28,0 Mill.) beträgt somit 44,8 Prozent.

Das Klima der Großhandelskreise hat sich am 2. Oktober nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes auf das 84,5 Millionenfache des Friedensstandes erhöht und ist gegenüber dem Stande vom 25. September (38,2 Millionenfache) um 193,2 Prozent gestiegen.

Der neue Meilenindex. Der Meilenindex beträgt vom 1. Oktober ab 36000000.

Deutsche Armeestärke. Mit Wirkung vom 3. Oktober ab wird die Schlüsselzahl der deutschen Armeestärke für Urankmittel und Geschütze auf 580000, im belegten Gebiet auf 780000, für Arbeitsvermögen auf 280000 festgesetzt. Erhöhung der Salzpreise. Die Reichskommission des Reichsfaulzates beschloß einstimmig eine Erhöhung des Gallinlandspreises mit Wirkung ab 2. Oktober um 12,800 Prozent.

Überproduktionspreise. Der Superphosphatpreis beträgt für das Programm wechselseitliche Überschlagsrate 58470000 mit Wirkung ab 2. Oktober.

Über die Entrichtung von Steuern teilt das Reichsfinanzministerium folgendes mit: Bei unplakirter Entrichtung der Vorauszahlungen zur Einkommensteuer und Körperverfassungssteuer oder der auf diesen aufbauenden Rhein-Ruhr-Abgabe betrug bisher der Aufschlag das vierfache des Rückstandes für jeden angefangenen halben Monat. Bei Zahlung innerhalb der ersten Woche nach Fälligkeit wurde der Aufschlag nicht erhoben. Mit Wirkung vom 1. Oktober wird nicht mehr der alte Aufschlag in Höhe des Werkloches erhoben, sondern der Rückstand wird auf seinen Goldwert zurückgeführt und hiernach der am Tage der tatsächlichen Zahlung zu entrichtende Papiermarkbetrag nach Maßgabe des für die Vandabgabe geltenden Goldumrechnungssatzes ermittelt. Durch diese neue Verordnung ist die bisher zu gehaltene Zahlungssatz von einer Woche wegfallen. Dies rechtigt sich deshalb, weil es sich nicht mehr darum handelt, die vordige Zahlung der Vorauszahlungen und der Rhein-Ruhr-Abgabe zu erwähnen, sondern diese Zahlung im ganzen Monat Oktober freigesetzt ist und nur einer Benachteiligung des Reiches durch die Entwertung des Papiermarkbetrags entgegengewirkt werden soll. Diese Neuregelung gilt zunächst nur für die Vorauszahlungen zur Einkommensteuer und Körperverfassungssteuer sowie die Rhein-Ruhr-Abgabe. Im übrigen, insbesondere für die Umlaufsteuer, auf die bis zum 10. Oktober eine Vorauszahlung zu entrichten ist, bleibt es bei der bisherigen Regelung: es tritt also nach Ablauf von einer Woche nach Fälligkeit die Verwertung ein.

* * *

Amtlich festgesetzte Preise an der Produktionsbörse zu Berlin der 50 kg ab Station vom 3. Oktober. (Preise in Millionen Mark.) Weizen märktlicher 580—610. Steigend. Roggen märktlicher 550 bis 580, schlechter 550—580. Steigend. Sommergerste 580—580. Steigend. Hafer märktlicher 500—525, rommerscher 500—525. Get. Weizenmehl per 100 kg frei Berlin brutto inkl. Zoll 100 kg frei Berlin brutto inkl. Zoll 2100—2200. Steigend. Roggenmehl per 100 kg frei Berlin brutto inkl. Zoll 1700—2100. Steigend. Weizenkleie frei Berlin 280—290. Steigend. Roggenkleie frei Berlin 290—290. Steigend. Mais 880—900. Steigend. Kartoffeln 420—440. Trockenknödel 250—260. Kartoffelknödel 300—320.

Wechselkurse im Freiverkehr vom 3. Oktober

abends 6 Uhr.

Holland (1 Gulden) 178 Mill. Dänemark (1 Krone) 78 Mill. England (1 Pf. Sterl.) 2000 Mill. Amerika (1 Dollar) 440 Mill. Schweiz (1 Frank) 18,6 Mill. Frankreich (1 Franc) 26,2 Mill. Italien (1 Lira) 19,8 Mill. Deutschösterreich (1 Krone) 6200 Mill. Griechenland (1 Drachme) 13,15 Mill. Ungarn (1 Krone) 28,6.

Kammerlichtspiele

Hauptstr. 1

Nur noch heute: Neubauabschieber.

Ab morgen Freitag das größte Ereignis der Saison 1928/29:

Der Mann mit der eisernen Maske.

7 gewaltige Akte aus dem galanten Fabrikhundert z. St. Ludwigs XIII. — Kolossale Bauten, fabelfester Brunn und schöne Frauen und Männer bilden den Mittelpunkt in diesem Werke. — Spielzeit ca. 2½ Stunden.

Man besichtige die ausgestellte Reklame in der Wettinerstraße, gegenüber der Molkerei. Täglich ab 7 u. 9 Uhr, Sonntags ab 4 Uhr. Um recht regen Besuch bitten der Besitzer R. Mares.

Schreiberkriechen

leicht für Kinder,

noch guter, wer-

volles Stück, sofort a. verk. Schumann, Stanitz 43b, o.

Regenwetter, gebr. Gaudenz, Leder, Göttinger, Neugroßba-

da, Maschinenhausstraße 5, 2.

Stodholz Scheit- u. Moltholz empfiehlt ab Lager

Mitsbach, Glaubitz.

Ferkel verkauft Orlisch, Mühlbach 27.

Zimmers Fleischerei Röderau.

Berghaus diese Woche prima feste

Schweinsköpfe zu billigstem Tagesspreise

Max Lamm, Röderau.

Franzus Rieß 660.

Bierpreiserhöhung ab 5. Oktober 1928.

1 Glas Vollbier hell 10 Mill.

1 Glas Spezial 12 Mill.

o. Exportbier 12 Mill.

Simonaude oder

Gauerbrunnen 10 Mill.

Gitterbier 9 Mill.

Kaffee usw. . . . 10 Mill.

Gastwirtverein Rieß und Umgegend.

Die benötigte Nr. umfaßt 4 Seiten.

Goldperle mit Schnittschiff.

aus denkt.

Goldperle

mit Schnittschiff.